

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 12

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Böni, Otto

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Zeitschriften

Ist eine Volksfront in Frankreich eine Illusion?

In der Novembernummer der österreichischen linken Monatsschrift «*Wiener Tagebuch*» befasst sich deren Chefredaktor, Franz Marek, mit der neuesten Geschichte der Linksunion in Frankreich und zeigt die Gründe für ihr vorläufiges Scheitern auf. Die bürgerliche Presse der Schweiz konnte vielfach eine gewisse Schadenfreude über das Nichtzustandekommen der neuen Volksfront nicht verbergen. Ihre Berichterstattung war denn auch mehr darauf ausgerichtet, die gegenseitigen Vorwürfe von Kommunisten und Sozialisten wiederzugeben und nicht die eigentlichen Gründe für das Scheitern der Verhandlungen aufzudecken. Die Zufriedenheit des Bürgertums drückte sich auch darin aus, dass die Börsenkurse in Frankreich steil in die Höhe stiegen.

Franz Marek geht nun auf einige Streitpunkte der Verhandlungen ein, wobei er heraushebt, dass immerhin bei 34 von den mehr als 40 strittigen Fragen eine Einigung erzielt werden konnte (Pensionsalter, Schwangerschaftsurlaub, Familienbeihilfe usw.). Nicht einigen konnte man sich hingegen bei der Frage des Umfangs der Nationalisierung. Die KP möchte 729 Unternehmen mit mehr als 600 000 Arbeitern und die SP nur 227 mit ungefähr 500 000 Arbeitern nationalisieren. Über die Eisenindustrie und die Peugeot-Citroën-Werke möchte man erst nach der Regierungsbildung verhandeln. Ein weiterer Streitpunkt sind die Lohnunterschiede. Die KP möchte diese auf ein Verhältnis von 1:5 verringern. Ursprünglich hatte allerdings die KP solche und ähnliche Forderungen der Linksradi-kalen auch abgelehnt, und zwar unter Berufung auf Marxens These vom Wert der Ware Arbeitskraft, die bei qualifizierten Kadern eben höhere Bildungskosten einschliesst. Nun macht sie sich die egalitären Forderungen der Linksradi-kalen zu eigen – was die SP als unrealistisch ablehnt, zumal selbst in den Oststaaten die Spannen höher sind. Ein weiteres Zerwürfnis zeichnet sich in der Frage der atomaren Bewaffnung ab. Noch 1972 sprachen sich beide Parteien gegen eine atomare Bewaffnung aus. Jetzt aber vertritt die KP den Standpunkt, dass eine solche als Abschreckungsmittel nach allen Seiten ausgebaut werden müsse.

Marek geht dann noch auf einige Befürchtungen der Kommunisten ein, die zur Verhärtung der Verhandlungen mit den Sozialdemokraten führten. «Was sich innerhalb der KP abgespielt hat, scheint klar zu sein. 1972 war die KP die stärkere Partei, sie konnte bis zu 22 Prozent der Wähler auf sich vereinigen, während die SP höchstens 17 Prozent für sich buchen konnte. Seither hat sich das Kräfteverhältnis geändert, die SP hat es auf 30 Prozent gebracht, während die KP bei rund 20 Prozent stagniert. In der Partei und in der Parteiführung dürfte die Befürchtung gestiegen sein, dass die Kommunisten ein Anhängsel der SP und Mitterands werden könnten . . .»

Hinweise

Unserem Nachbarland Frankreich ist auch ein Beitrag in der vom SGB in Bern herausgegebenen Monatsschrift «*Gewerkschaftliche Rundschau*» (Oktober) gewidmet. Josef Hermann hat seinen Beitrag mit «Arbeitslosigkeit und Rentenalter in Frankreich» überschrieben. Er orientiert über einen Grundsatzbeschluss der französischen Regierung vom 13. Juli 1977, mit dem diese hofft, der starken Arbeitslosigkeit mindestens teilweise beizukommen. Um Jungen den Arbeitsplatz zu überlassen, besteht in Frankreich die Möglichkeit, sich bereits nach dem 60. Lebensjahr zur Ruhe zu setzen. Für die Zeit zwischen dem 60. und 65. Altersjahr erhält der Pensionswillige von der Arbeitslosenversicherung 80 Prozent des bisherigen Bruttolohnes, während die Rente normalerweise 70 Prozent des Durchschnittslohnes der zehn besten Verdienstjahre beträgt. Im gleichen Heft der Rundschau vermittelt der Bibliothekar des SGB, Heinz Anderegg, den Lesern umfassendes Zahlenmaterial über die Entwicklung der schweizerischen Gewerkschaftsverbände im Jahre 1976.

Schwerpunkt der Novemberhefte der «*Schweizer Monatshefte*» (Zürich) bildet der Problemkreis «Israel, Juden, Araber». Der Soziologe S. N. Eisenstadt stellt die Frage nach dem jüdischen Identitätsmuster, und Ferdinand Hurni versucht, das Israel-Bild aus der Sicht seiner Nachbarn, der Araber, darzustellen. Die «*Gewerkschaftlichen Monatshefte*» (Köln) beschäftigen sich in der Oktobernummer mit Fragen der Energiepolitik, des Umweltschutzes und der Beschäftigungslage. Eine Bereicherung der Debatten um Günther Wallraff bedeutet das von Günther Nenning in der Novemberausgabe des «*Neuen Forums*» (Wien) publizierte Interview. *Otto Böni*